



Inselgemeinde  
Langeoog

# Niederschrift

über die  
**Öffentliche Sitzung des Gemeinderates**  
der Inselgemeinde Langeoog  
am Mittwoch, 26. März 2025  
im Rathaus Sitzungszimmer

Rat/2025/002

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr  
Beginn der nicht öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr

## Anwesenheitsliste

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigt: Gemeinderatsmitglied

Agena, Gerrit  
Mühlinghaus, Ines  
Garrels, Uwe  
Janssen, Jan Martin  
Kraus, Bärbel  
Peters, Daniela  
Peters, Till Martin  
Recktenwald, Michael

#### Allgemeiner Vertreter

Heimes, Ralf  
Kämmerin  
Baller, Cornelia

#### Protokollführerin

Heimes, Katja  
Abteilungsleiter ARA  
Sjuts, Marc

als Gast

### Fehlend:

#### Gemeinderatsmitglied

Schmidt, Rüdiger  
Spies, Gerda

Entschuldigt fehlend

Entschuldigt fehlend

**TOP 01** Eröffnung der Sitzung**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

**TOP 02** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsvorsitzender Agena teilt mit, zur Sitzung entschuldigt fehlen Stv. Bürgermeister Schmidt und Ratsfrau Spies.

**TOP 03** Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena teilt mit, Ratsherr Janssen, Allgemeiner Vertreter Heimes und Protokollführerin Heimes werden zu Punkt 18 „Neuausschreibung der Rollfuhr- und Transportdienstleistungen der Schifffahrt der Inselgemeinde“ im Publikum Platz nehmen und nach § 41 NKomVG an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.

Anträge zur Tagesordnung erfolgen keine.

**TOP 04** Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2025**Sachvortrag:**

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 11.02.2025 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Ratsherr Garrels beantragt für die Niederschrift folgende Änderungen:

Seite 7 sein Wortbeitrag: 2. Absatz –

Zeile 8: Areal statt Arial,

Zeile 15: ...bekannt und *auch er* habe nur eine Stimme, letzte Zeile: ...welches *in diesem Bereich* gerade...

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 11.02.2025 wird mit den vorgebrachten Änderungen genehmigt.

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 05** Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**Sachvortrag:**

Keine.

**TOP 06** Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**Sachvortrag:**

Herr Olaf Hube verweist auf Punkt 7. Für ihn sei dies ein Schritt zurück zur Intransparenz. Das Maß der Geschwindigkeit liege seines Erachtens in der Verwaltung. Er fragt nach einer Alternative zum jetzigen Vorschlag.

Allgemeiner Vertreter Heimes widerspricht. Es gehe darum, dass Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen und Wirtschaftsplanberatungen getroffen werden. Die Sitzungen seien alle öffentlich und die Punkte würden erläutert. Zukünftig soll zudem eine zusätzliche Vorlage erstellt werden, in der auf die Investitionen explizit hingewiesen werde. Es gehe nur um die Investitionen, die fest und greifbar seien, wie z. B. ein Fahrzeug oder eine Maschine. Der Beschlussvorschlag laute so, dass z. B. bei Baumaßnahmen weiter vorab nochmal eine Beschlusslage erfolge und mitgeteilt werde, welche Gewerke mit welchen Beträgen erwartet werden. Hier gehe es jetzt darum, dass nach einer Ausschreibung für die Vergabe Vorgaben einzuhalten seien, die mit dem Sitzungsmodus nicht immer eingehalten werden können. Derzeit würden für einen Punkt mehrere Sitzungen notwendig, der in der Haushaltsplanberatung aber schon feststehe. Teilweise würde über eine Angelegenheit bis zu 10 mal gesprochen. Es habe nichts damit zu tun, dass Maßnahmen nicht transparent getroffen werden. Die Haushaltsplanberatungen seien öffentlich. Es werde eine Vorlage mit den zusätzlichen Investitionen erstellt, die danach nicht mehr gesondert in den Rat gebracht werden müssen. Alle Maßnahmen mit mehreren Gewerken würden weiterhin in den Rat gegeben. Bezüglich Alternativen erklärt er, dass andere Kommunen gar nicht so verfahren wie es die Inselgemeinde Langeoog tue.

In diesem Zusammenhang erklärt Ratsfrau Peters, der alternative Weg sei die extra Vorlage mit den geplanten Investitionen. Sie berichtet über die Bearbeitung im Kreistag. In den Haushaltsberatungen würden die Investitionen in den Vorlagen ausführlich erläutert und seien damit abgedeckt.

Herr Olaf Hube verweist auf Tagesordnungspunkt 8. Er habe in der Sitzung des Bauausschusses bereits sein Bedauern geäußert, dass über den Punkt nicht nochmals diskutiert wurde. Er erläutert den Wunsch aus der Gruppe „Dauerwohnraum AG“, eine besondere Institution gründen zu wollen, die die Dauervermietung auf Langeoog wieder unter einen Hut bringen soll. Dieser Option werde über die Beschlussvorschläge keine Chance gegeben.

---

Er verweist auf den neuen Mietwohnungsbau, für den die Vermietung ebenfalls in Form einer Haus- oder Immobilienverwaltung organisiert werden müsse. Er fragt, ob diese Möglichkeit im Beschluss wieder mit aufgenommen werden könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, der Beschlussvorschlag sei im Bauausschuss formuliert und abgestimmt worden. Er verweist auf Äußerungen von Stv. Bürgermeister Schmidt als Vorsitzenden des Bauausschuss, dass er die Gemeinde nicht zwingend dafür zuständig sehe, eine solche Institution voranzutreiben. Der Beschlussvorschlag sei darauf ausgelegt, dass zwei Sachen rechtlich fraglich seien und bevor diese weiterverfolgt werden, vorab eine rechtliche Prüfung stattfinden sollte. Andere Dinge würden damit nicht an die Seite geschoben. Wenn diese beiden Punkte geklärt seien, sollte die Kommission der Dauerwohnraum AG nochmal die Möglichkeit bekommen, ihren Vorschlag vorzustellen.

Ratsherr Recktenwald berichtet über Gespräche mit Mitgliedern der Dauerwohnraum AG. Seines Erachtens habe einhelliger Konsens bestanden, eine Art Genossenschaft zu gründen um Dauerwohnraum zu vermieten und dies aber nicht Aufgabe der Verwaltung sei.

Die Frage von Herrn Hube, ob die Angelegenheit für die Dauerwohnraum AG damit vom Tisch sei, verneint Allgemeiner Vertreter Heimes.

<b>TOP 07</b>	Abwicklung von Investitionen im Rahmen der Beschlüsse des Haushaltsplanes und der Wirtschaftspläne
---------------	--

**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena verzichtet auf die Verlesung des Sachvortrages. Der Punkt sei in den vorangegangenen Ausschüssen ausführlich erläutert worden.

Ratsherr Janssen fasst den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss zusammen. Sein Vorschlag sei gewesen, auf den Beschluss für die Ausschreibung zu verzichten und direkt mit den Ausschreibungsergebnissen anzufangen. Letztendlich habe man sich darauf geeinigt bei den Beratungen zu den Wirtschaftsplänen und zum Haushaltsplan ausführlicher zu erläutern und somit für den Bürger transparent erklärt werden solle. Bei den Haushaltsplanungen sei meist aber wenig Publikum anwesend, was eventuell das Gefühl in der Bevölkerung aufkommen lasse, es bestehe keine transparente Behandlung.

Ratsherr Janssen teilt mit, er werde zum Thema Ende der Sitzung einen Antrag stellen.

Ratsherr Garrels begrüßt die Vorlage und sehe nicht, dass eine Intransparenz entstehe. Es gehe um eine einfachere Abwicklung. Dazu gebe es die klare Verpflichtung, wenn Ergebnisse zur Ausschreibung vom Haushaltsplan klar abweichen würden und mehr als die üblichen 10 % betragen, wieder beschlossen werden müsse. Es gehe darum, den Kopf frei zu bekommen für die Entwicklung von Konzepten, was die eigentliche Aufgabe des Gemeinderates sei. Es werde Berichte über die Beschlüsse geben. Die Transparenz sei aus seiner Sicht gewahrt. Außerdem erfolge die Kontrolle über das Rechnungsprüfungsamt.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert nochmals, es gehe darum in den Haushaltsplan- und Wirtschaftsplanberatungen, die festlegbaren Projekte, wie ein Fahrzeug oder eine Maschine nur einmal zu beraten und im finanziellen Rahmen einen Auftrag zu erteilen. Darüber soll zukünftig eine gesonderte Vorlage erstellt werden. Zudem seien die Pläne veröffentlicht und jederzeit nachlesbar. Alles, was in mehreren Gewerken stattfindet, würde auch weiterhin vorab in den Rat gegeben.

Ratsfrau Kraus äußert, sie hoffe dies sei ein Motivator für mehr Zuschauer für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Ratsfrau Peters verweist nochmals auf die Vorlage und den Satz, dass eine regelmäßige Berichterstattung in den Gremien erfolge. Sie wünscht eine Beschlusserweiterung bezüglich der Vorlage mit der Auflistung der anstehenden Investitionen.

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt

die Änderung der Abwicklung von Investitionen über eine gesonderte Information zu geplanten Investitionen im Rahmen der Beschlüsse des Haushaltsplanes und der Wirtschaftspläne gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 08</b>	Sicherung von Dauerwohnraum Ergänzungsvorlage
---------------	--

**Sachvortrag:**

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die langen Diskussionen im Bauausschuss und Verwaltungsausschuss. Die Verwaltung wolle nochmals verdeutlichen, dass es im Zuge des Mietwohnungsbaus als zwingend erforderlich angesehen werde, eine Regelung zum Schutz des Dauerwohnraums fassen zu müssen. Es müsse eine baldige Regelung erfolgen, da im Zuge der Belegung der neuen Mietwohnungen Wohnraum frei werde und hierfür die Befürchtung bestehe, dass eben dieser Wohnraum nicht weiter als Dauerwohnraum zur Verfügung gestellt werde. Der erhoffte Effekt, der mit den zusätzlichen Wohnungen entstehen wollte, würde dadurch verpuffen. Er verweist auf die folgenden Vorlagen zum Thema. Die Verwaltung halte es für schwierig, wenn diese alle abgelehnt werden. Wünschenswert wäre eine Zwischenlösung, da die Prüfung Zeit in Anspruch nehme. Seitens der Verwaltung werde vorgeschlagen, sich darüber Gedanken zu machen seitens des Rates der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, zum nächsten Bauausschuss etwas vorzubereiten, was eine Befristung anbelange, wie z. B. eine befristete Erhaltungssatzung oder ähnliches.

Ratsherr Janssen verweist auf seine Äußerungen im Bauausschuss. Für ihn sei der erste Schritt die Präsentation der Wohnraum AG, um der Bevölkerung ihre Ideen vorzustellen. Dies alleine schon als Wertschätzung in die Arbeit der Wohnraum AG. In der gleichen Veranstaltung könnte die Verwaltung zur Erhaltungssatzung Erklärungen abgeben. Es müsse Transparenz hergestellt werden. Er stellt den Antrag, dass zunächst die Wohnraum AG ihre Ausarbeitungen vorstellen und danach in die Beratungen eingestiegen werde. Er erklärt, er wolle nichts verhindern, Dauerwohnraum werde dringend benötigt und müsse gesichert werden.

Ratsfrau Kraus schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Janssen an. Sie habe die Vorschläge der Dauerwohnraum AG im Rahmen der Verleihung der grünen Hausnummer an den Besuch aus dem Landtag zur Überprüfung mitgegeben.

Sie erwarte sich somit noch ein Feedback aus einer anderen Richtung, dass zu Punkt b und den Überlegungen der Dauerwohnraum AG eine sinnvolle Ergänzung bilde. Sie sei bei den Aussagen von Ratsherrn Janssen und bittet abzuwarten, was zu Punkt b werde. Es werde ein Bürgervotum benötigt.

Ratsherr Recktenwald hält eine Präsentation der Dauerwohnraum AG durchaus für sinnvoll, glaubt aber nicht an eine schnelle Rückmeldung aus dem Landtag. Zudem würde die Prüfung auch lange dauern. Er würde parallel vorgehen und den Auftrag für die Prüfung erteilen und die Dauerwohnraum stellt zeitnah ihre Ergebnisse vor.

Ratsfrau Peters spricht sich ebenfalls für ein paralleles Vorgehen aus.

Allgemeiner Vertreter Heimes sieht es ebenso. Das eine schließe das andere nicht aus. Die ausgearbeiteten Vorschläge seien gut, müssten aber auch geprüft werden. Die Vorschläge seien in der Umsetzung sehr zeitaufwendig und es entstehe ein Puffer. Der Mietwohnungsbau werde dann belegt sein und die freigewordenen Wohnungen möglicherweise schon teilweise anderweitig genutzt. Daher bestehe jetzt der Gedanke den Auftrag zur Vorbereitung zu bekommen. Eventuell ergebe sich daraus auch, dass eine übergangsweise Erhaltungssatzung vom Aufwand her keinen Sinn mache.

Ratsfrau Kraus wendet ein, dass eine Prüfung nicht kostenlos sein werde. Man lasse etwas prüfen, von dem man nicht wisse, ob bei den Insulanern die Bereitschaft bestehe einen Solidarbeitrag zu zahlen. Für sie wäre ein Bürgervotum oder eine Meinungsabfrage wichtig.

Ratsherr Recktenwald sieht ein Bürgervotum nicht als repräsentativ. Eventuell könne Allgemeiner Vertreter Heimes ein Satzungsmuster erstellen, wie eine solche befristete Satzung für Langeoog aussehen könnte.

Ratsherr Garrels unterstreicht, wie wichtig die Arbeit der Wohnraum AG gewesen sei. Man habe solidarisch Vorschläge zusammengestellt für Instrumente, die notwendig seien. Die Präsentation der Wohnraum AG sei wichtig. Parallel könnten aber auch Maßnahmen ergriffen werden. Der Verlust an Dauerwohnraum müsse unterbunden werden, möglichst mit Instrumenten, die keine Zwangsinstrumente seien. Ein Bürgervotum halte er für schwierig, wenn müsse ein Bürgerentscheid erfolgen.

Ratsherr Garrels bringt vor, Vorschlag b) würde nicht klar aussagen, worum es gehe. Der Vorschlag klinge so, als ob nur diejenigen, die kein Dauerwohnraum zur Verfügung stellen, dazu beitragen sollen. Dies sei nicht die Absicht der Dauerwohnraum AG gewesen, sondern dass jeder seinen Beitrag leiste, der im Tourismus aktiv sei, um Dauerwohnraum zu sichern. Alle die aber Dauerwohnraum zur Verfügung stellen aus diesem Beitrag eine Rückvergütung bekommen sollen, weil sie auf Gewinnmöglichkeiten verzichten. Er beantragt den Punkt b) wie folgt zu formulieren:

*b) zur Schaffung einer Abgabe aller am Tourismus profitierenden Akteure mit dem Ziel zu prüfen, den Anbietern von Dauerwohnraum einen wirtschaftlichen Ausgleich für die geringeren Verdienstmöglichkeiten gegenüber der Gästebewerbergung entsprechend oder vergleichbar des Vorschlags der Dauerwohnraum AG zu ermöglichen.*

Die Formulierung mache klarer, dass jeder diesen Beitrag leiste.

Ratsfrau Peters stört das Wort „Bürgervotum“. Wenn eine Solidarabgabe möglich sei, sollte dies auf jeden Fall gemacht werden.

Ratsherr Recktenwald beantragt einen Punkt c) in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

*c) der Dauerwohnraum AG zeitnah die Möglichkeit zu geben, ihre Ergebnisse vorzustellen und der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, eine speziell auf Langeoog zugeschnittene befristete Erhaltungssatzung, vorzustellen.*

---

Ratsherr Janssen äußert, für ihn sei Punkt a) des Beschlussvorschlages vorrangig. Die Dauerwohnraum AG sollte zuallererst ihre Ergebnisse der Bevölkerung vorstellen. Dazu sollte eingeladen und alle Interessierten zur Teilnahme aufgefordert werden. Die Prüfung der Bebauungspläne sei besprochen worden. Eine Mustersatzung zu erstellen, sehe er gerade nicht. Für ihn bleibe Punkt a) am wichtigsten. Mit einer Erhaltungssatzung sei man schon mehrfach gescheitert. Das Thema müsse sensibel angegangen werden. Es müsse Dauerwohnraum geschaffen werden, es dürfe aber nicht allein zu Lasten einzelner Bürger passieren.

Ratsherr Recktenwald schlägt als Kompromiss vor, der Dauerwohnraum AG zeitnah die Möglichkeit zu geben, ihre Ergebnisse zu präsentieren und im Anschluss (sofort nach der Präsentation) die beiden Punkte zu prüfen.

Kämmerin Baller erläutert, der Verwaltung ginge es nicht darum, hier schon fertige Satzungen einzubringen, sondern zunächst grundsätzlich die Möglichkeit zu prüfen. Man wisse nicht, ob eine befristete Erhaltungssatzung rechtlich zulässig sei. Dies könne zur Präsentation der Wohnraum AG dann schon mitgeteilt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Diskussionen im Bauausschuss. Die Verwaltung sei der Meinung, es mache keinen Sinn etwas vorzustellen, was vielleicht sogar bei der Bevölkerung auf positive Resonanz treffe, rechtlich aber gar nicht möglich sei. Der Verwaltung werde dann wieder unterstellt, sie verhindere Vorschläge.

Ratsherr Garrels wiederholt, es gehe darum, die Wohnraum AG habe etwas erarbeitet, was jetzt vorgebracht werden müsse. Mit der Vorstellung müsse man nicht lange warten. Er sei für die parallele Prüfung. Ein Satzungsvorschlag sei nicht notwendig und könne bis dahin auch nicht erarbeitet werden. Den Untersuchungsauftrag halte er nicht für schädlich. Selbst, wenn die Vorschläge der Wohnraum AG abgelehnt würden, müsse etwas für die Wohnraumsicherung getan werden. Dies liege in der Verantwortung des Gemeinderates. Mit Unterstützung der Verwaltung solle die Wohnraum AG schnellstmöglich präsentieren.

Ratsfrau Peters schließt sich den Ausführungen an. Es müsse definitiv etwas für die Sicherung von Dauerwohnraum getan werden. Sie könne keinesfalls die Zweckentfremdungssatzung vertreten. Diese sei aber gesetzlich vorgeschrieben. Zur Umgehung müsse eine andere Lösung gefunden werden.

Ratsherr Janssen äußert erneut, dass mit der Vorstellung begonnen werden müsse. Dann müsse man sehen, was die Bebauungspläne zulassen. Wenn über Erweiterung oder Auslastung im rechtlichen Rahmen zusätzlich Dauerwohnraum erstellt werden könne.

Ratsfrau Peters erklärt, ihr sei das zu wenig. Die Punkte a) und b) aus dem Beschlussvorschlag sollten geprüft werden. Wenn rauskomme, es sei nicht möglich, sei das so. Parallel dazu müsse die Wohnraum AG vorstellen.

Ratsherr Janssen würde die Vorstellung der Wohnraum AG im Beschlussvorschlag als weiteren Punkt mit aufnehmen wollen. Er beantragt die Punkte einzeln abstimmen zu lassen.

Ratsherr Recktenwald verweist auf seinen Antrag für einen Punkt c)  
c) der Dauerwohnraum AG zeitnah die Möglichkeit zu geben, ihre Ergebnisse vorzustellen und der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, eine speziell auf Langeoog zugeschnittene befristete Erhaltungssatzung, vorzustellen.

Ratsherr Garrels wendet ein, dass dieser Punkt dann neu als Punkt a) anzusehen sei und verweist auf seinen Antrag für Punkt b)

b) zur Schaffung einer Abgabe aller am Tourismus profitierenden Akteure mit dem Ziel zu prüfen, den Anbietern von Dauerwohnraum einen wirtschaftlichen Ausgleich für die geringeren Verdienstmöglichkeiten gegenüber der Gästebeherbergung entsprechend oder vergleichbar des Vorschlags der Dauerwohnraum AG zu ermöglichen.

---

Allgemeiner Vertreter Heimes bringt vor, wenn alle Ratsmitglieder die Beschlussformulierung von Ratsherrn Garrels mittragen und auch die Beschlusserweiterung um den Punkt c) von Ratsherrn Recktenwald befürworten, könne man darüber abstimmen. Formell, müsse ansonsten über den letzten Antrag von Ratsherrn Janssen zuerst abgestimmt werden.

Ratsvorsitzender Agena verliest nochmals den geänderten Beschlussvorschlag von Ratsherrn Garrels.

Ratsherr Recktenwald erklärt, Punkt c) könne darauf verkürzt werden, der Dauerwohnraum AG zeitnah die Möglichkeit zu geben, ihre Ergebnisse vorzustellen.

Ratsherr Janssen erklärt, Ratsvorsitzender Agena könne dann auch über alle Punkte im Ganzen abstimmen lassen.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt:

die Verwaltung zu beauftragen die rechtlichen Möglichkeiten

- a) zur Änderung der Bebauungspläne für die Schaffung von zusätzlichem, verpflichtenden Dauerwohnraum über die Anpassung der Auslastungsmöglichkeiten von Gebäuden entsprechend des Vorschlags der Dauerwohnraum AG zu prüfen.
- b) zur Schaffung einer Abgabe aller am Tourismus profitierenden Akteure mit dem Ziel zu prüfen, den Anbietern von Dauerwohnraum einen wirtschaftlichen Ausgleich für die geringeren Verdienstmöglichkeiten gegenüber der Gästebeherbergung entsprechend oder vergleichbar des Vorschlags der Dauerwohnraum AG zu ermöglichen.
- c) der Dauerwohnraum AG zeitnah die Möglichkeit zu geben, ihre Präsentation öffentlich vorzustellen

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 09</b>	Aufstellung einer Erhaltungssatzung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch
---------------	---

### **Sachvortrag:**

Ratsherr Garrels äußert, unabhängig von dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt, sei er der Meinung, es müsse dringend etwas zur Wohnraumsicherung getan werden. Der Verlust von Dauerwohnraum müsse möglichst verhindert werden. Hierzu könne eine Erhaltungssatzung beitragen. Die Satzung sei erforderlich für einen Zeitraum, in dem man dabei sei sich zu bewegen. Ziel sei es möglichst viel Dauerwohnraum zu erhalten und wenn möglich auch zu vermehren. Die Satzung könne sich aufgrund der Gerechtigkeit aber nur auf alle Bebauungsgebiete erstrecken, in denen es nicht die klare Regelung über den Anteil des Dauerwohnens gebe. In allgemeinen Wohngebieten, wo Ferienwohnen nicht zulässig sei, sei dies auch nicht notwendig.

In dem Maß, in dem Wohnungen an auswärtige verkauft würden, habe man weniger Wohnraum für Einheimische. Wenn sich das Problem löse, könne die Satzung beendet werden. Ratsherr Garrels schlägt vor, für eine Übergangszeit die Verwaltung zu beauftragen, einen Vorschlag vorzulegen, wie eine solche Erhaltungssatzung aussehen könne, die sich über die gesamten Bebauungspläne ziehe, außer denen, wo es eine Erhaltungssatzung bereits gebe und wo das Dauerwohnen schon geregelt sei.

Ratsfrau Peters schließt sich den Ausführungen von Rats Herrn Garrels an. Ihr gehe es um die Gleichbehandlung, weil in einigen Bereichen (z. B. Blumental) bereits eine Erhaltungssatzung bestehe. Sie wolle tunlichst vermeiden die Zweckentfremdungssatzung auferlegt zu bekommen. Ihres Erachtens sollte geprüft werden, für einen bestimmten Zeitraum (sie gehe von fünf Jahren aus) eine Erhaltungssatzung auf den gesamten Ort zu legen. Im heutigen Fall würde keine Satzung beschlossen, sondern lediglich die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen.

Rats Herr Janssen bringt vor, für ihn sei klar, dass es hier zu einer mehrheitlichen Ratsentscheidung komme. Er verweist auf die Aussagen von Rats Herrn Garrels. 25 % Ferienwohnen seien in einem allgemeinen Wohngebiet zulässig. 55 % Dauerwohnen seien im Wohngebiet „Westlich der Hafestraße“ gesichert. Die Grundstücke seien daher unterhalb des normalen Marktwertes veräußert worden. Weiterhin gebe es Erhaltungssatzungen für die Gebäude der Bundesvermögensstelle. Dies seien alles andere Voraussetzungen, als wenn jetzt auf ein vorhandenes Baugebiet oder auf ganz Langeoog eine Erhaltungssatzung auferlegt werde. Man müsse mit zweierlei Maß rechnen. Als Beispiel nennt er eine Doppelhaushälfte, aufgeteilt auf einen Insulaner und einen Fremdbesitzer. Der Insulaner wohnt und arbeitet hier. Der Fremdbesitzer vermietet ausschließlich an Gäste. Der Insulaner beteilige sich am sozialen Leben auf der Insel. Wenn jetzt eine Erhaltungssatzung auf das Doppelhaus gelegt werde, könne derjenige, der sich auf der Insel noch nie an etwas beteiligt habe außer an der Vermietung einer Ferienwohnung, sein Haus als Ferienhaus verkaufen. Der Insulaner dürfe sein Haus nur als Dauerwohnen verkaufen, da die Erhaltungssatzung für beide greife. Die Erlöse bei einem Verkauf seien sehr unterschiedlich, was nicht gerecht sei. Er werde dem so nicht zustimmen. Er befürchte hier werde ein großer Unfrieden auf Langeoog ausgelöst. Er sei nicht gegen die Sicherung von Dauerwohnraum, aber es gebe andere Wege.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert die Intention der Verwaltung. Es gehe darum, die Vorschläge der Dauerwohnraum AG vorzustellen, zu prüfen und evtl. zu erweitern. Dies werde aber Zeit in Anspruch nehmen. Im Moment gehe es ausschließlich darum, eine Übergangssicherung zu schaffen. Es gehe auch nicht um den Auftrag eine Satzung zu bringen. Es gehe darum, die Rahmenbedingungen zu erarbeiten und evtl. vorzustellen. Evtl. auch parallel zur Dauerwohnraum AG etwas vorliegen zu haben um darzustellen, wie eine solche Satzung möglich wäre. Er erklärt, eine Erhaltungssatzung würde eine Veräußerung nicht ausschließen. Die Veräußerung würde unter einen Genehmigungsvorbehalt gestellt. Der Mietwohnungsbau werde irgendwann fertig gestellt und belegt sein und dann müsse der bisherige Wohnraum gesichert sein.

Rats Herr Garrels äußert, es könne nur das gesichert werden, was noch Dauerwohnraum sei. Es gebe in der Wohnraum AG den Vorschlag alle Bebauungspläne dahingehend zu ändern, dass eine Mindestquote für Dauerwohnen auf jedem Grundstück und jedem Bebauungsplan geben solle.

Ratsfrau Peters stimmt Rats Herrn Janssen zu, dass es sicherlich ungerecht sei. Aus diesem Grund wünsche sie die Prüfung. Für sie wäre zudem die Befristung sehr wichtig.

Ratsfrau Kraus legt dar, sie könne sich eine befristete Satzung nicht vorstellen. Es Sorge für Unsicherheit. Sie verweist auf die Sachstände auf den Nachbarinseln und das Beispiel auf Spiekeroog, welches sie nicht als Damoklesschwert für Immobilienbesitzer auch auf Langeoog sehe. Ihres Erachtens hätte das Thema viel eher angegangen werden müssen. Jede Insel habe die Wohnraumsicherung anders gestaltet. Man müsse erst einmal wissen, welchen Weg Langeoog gehen wolle. In welchem Umfang solle die Verwaltung Informationsmaterial vorlegen. Ratsfrau Kraus erklärt, für eine befristete Übergangszeit gehe sie in keinem Falle mit.

Bei Ausarbeitungen für eine Erhaltungssatzung, wo der Rat abwägen könne, welchen Weg man mitgehen könne, könne sie zustimmen.

Ratsherr Janssen schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Kraus an.

Ratsherr Garrels stellt die Frage, ob mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung klar sei, was die Verwaltung tun solle. Er verweist auf seine Anregung eine Erhaltungssatzung noch über den gesamten Bereich zu legen, wo keine Quoten bereits festgelegt seien.

Allgemeiner Vertreter Heimes weist darauf hin, dass jederzeit ein Vorschlag für ein Beschlussvorschlag erfolgen könne.

Ratsherr Garrels schlägt folgenden Beschlussvorschlag vor:

*Der Rat beschließt  
die Verwaltung gemäß der juristischen Empfehlung zu beauftragen, zu prüfen, ob die Erhaltungssatzung über die Bereiche der Inselgemeinde Langeoog gelegt werden können, die nicht bereits durch eine Erhaltungssatzung geschützt sind und diejenigen, wo nicht schon Dauerwohnen geregelt ist.*

Ratsherr Janssen äußert, dazu müsse man erst einmal wissen, welche Bereiche dies beinhalte. Auch fehle jetzt die Befristung. Er könne auch bei diesem Vorschlag nicht mitgehen.

Allgemeiner Vertreter Heimes wendet ein, schon jetzt über Gebiete zu diskutieren mache wenig Sinn. Er schlägt vor, zunächst den Auftrag für die Rahmenbedingungen und rechtlichen Vorgaben für eine solche Satzung vorzustellen. Dies würde auch eine Befristung oder Nichtbefristung beinhalten.

Der Beschlussvorschlag würde lauten:

*Der Rat beschließt  
die Verwaltung zu beauftragen die Rahmenbedingungen und Vorgaben für die Aufstellung einer Erhaltungssatzung im Bauausschuss vorzustellen.*

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt

die Verwaltung zu beauftragen die Rahmenbedingungen und Vorgaben für die Aufstellung einer Erhaltungssatzung im Bauausschuss vorzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 10**      Satzung der Gemeinde Langeoog zur Sicherung von Gebieten mit  
Fremdenverkehrsfunktion gemäß § 22 Baugesetzbuch  
Beratung über die Neufassung der Fremdenverkehrssicherungssatzung  
Ergänzungsvorlage

**Sachvortrag:**

Ratsherr Janssen verliert einen Absatz aus der Vorlage (Seite 2, 2. Absatz), der für ihn eine Befürwortung bereits ausschließe.

Ratsfrau Peters sieht es ebenso. Sie könne bei diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt so nicht mitgehen.

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt,

- b) die Verwaltung nicht damit zu beauftragen eine neue Satzung zur Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktion aufzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 11**      Niedersächsisches Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum  
Aufstellung einer Zweckentfremdungssatzung für Langeoog

**Sachvortrag:**

Ratsfrau Peters äußert, eine Zweckentfremdungssatzung wäre das schlimmste, was der Insel passieren könne, obwohl es gesetzlich vorgeschrieben sei. Sie sei für Beschlussvorschlag b). Durch die Beauftragung der Verwaltung unter Punkt 9 habe man gezeigt, dass man Wohnraum sichern wolle.

Ratsfrau Kraus schließt sich den Ausführungen an.

Ratsherr Garrels bringt vor, Zweckentfremdung von Wohnraum könne nicht das Ziel sein. Es bedeute, vorhandener Wohnraum werde für etwas anderes verwendet. Dies müsse weitgehend verhindert werden. Grundsätzlich habe er mit dem Ziel der Satzung aber keine Probleme.

Ratsfrau Kraus verweist auf mögliche Situationen von Insulanern, die eventuell einen Zeitraum ihre Wohnungen auf der Insel nicht nutzen können und dann komme die Inselgemeinde. Dies dürfe nach ihrem Verständnis im Rahmen der Demokratie auf keinen Fall sein. Sie verweist zudem auf das Beispiel von Insulanern, die jahrelang eine Vermietung hatten und im Alter es nicht mehr wollen und können. Dies müsse akzeptiert werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, die Zweckentfremdungssatzung sei geltendes Recht, welches auf demokratischer Basis erlassen worden sei.

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt,

- b) die Verwaltung nicht damit zu beauftragen eine Zweckentfremdungssatzung vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 12</b>	<p>Bauleitplanung Abwasserreinigungsanlage</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschluss über die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB für die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes</li>   <li>- Beschluss über die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB des Bebauungsplanes „Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage Langeoog“</li>   <li>- Beschluss über die Auslegung des gemeinsamen Umweltberichtes</li> </ul>
---------------	--

**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena übergibt den Vorsitz an Stv. Ratsvorsitzenden Recktenwald.

Ratsherr Garrels bringt vor, die Angelegenheit sei dringend erforderlich. Die Abwasserreinigungsanlage müsse für die Zukunft vorbereitet werden. Er verweist auf einen Fehler im Entwurf des Umweltberichts (Seite 24). Er unterstütze die Vorlage.

Ratsfrau Kraus bedankt sich bei Herrn Sjuts. Sie habe im Umweltbericht die radioaktive Verunreinigung angemerkt und den Satz „radioaktive Verunreinigungen sollen ausgeschlossen werden“ tauschen lassen und finde die Angelegenheiten jetzt absolut zustimmungswürdig.

Ratsvorsitzender Agena übernimmt den Vorsitz zurück.

Abteilungsleiter Sjuts verweist auf die Aussage von Ratsherrn Garrels. Der Kreis auf Seite 24 werde noch ein wenig versetzt. Es handle sich um einen gemeinsamen Umweltbericht zur Müllumschlagsstation und Kläranlage.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

- die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB für die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes
- die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB des Bebauungsplanes „Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage Langeoog“
- die Auslegung des gemeinsamen Umweltberichtes

gemäß der ergänzten Unterlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 13</b>	<p>Erneuerung des Straßenausbaus Polderweg und Pan`s Pad</p> <p>a) Beschluss über das Bauprogramm bis 2029</p> <p>b) Beschluss über die Abschnittsbildung für den 1. Bauabschnitt zwischen Melkerpad und Gartenstraße sowie Stichstraße des "Pan`s Pad"</p> <p>c) Beschluss über die Aufwandsspaltung für den 1. Bauabschnitt zwischen Melkerpad und Gartenstraße sowie Stichstraße des "Pan`s Pad"</p> <p>d) Feststellung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen</p>
---------------	---

**Sachvortrag:**

Abteilungsleiter Sjuts erläutert die Teilabschnitte der geplanten Maßnahme.

Ratsfrau Peters merkt positiv an, dass für die Anlieger nicht so hohe Kosten entstehen, da es eine Durchfahrtsstraße sei. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die neu gepflasterte Kirchstraße, die ihres Erachtens das gesamte Dorf aufwerte.

Ratsfrau Kraus verweist auf die Straßenbeleuchtung. Das Bundesnaturschutzgesetz sei neu gefasst worden und betreffe jegliche Außenbeleuchtung im öffentlichen Raum. Sie habe Herrn Sjuts darauf angesprochen und fragt, ob ihm bereits Ergebnisse vorliegen und wie die Gemeinde generell mit der Änderung des Gesetzes umgehe.

Abteilungsleiter Sjuts hatte noch keine Möglichkeit sich der Angelegenheit anzunehmen. Wenn es neue Vorgaben gebe, müssten diese umgesetzt werden.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

in Reihenfolge:

- a) das **Bauprogramm** gemäß § 1 Absatz 4 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen in der Inselgemeinde Langeoog für den Ausbau des Polderweges und des Pan`s Pad in gesamter Länge mit zeitlichem Horizont gemäß der Vorlage und Anhang
- b) die Abschnittsbildung nach § 1 Absatz 3 der v. g. Satzung für den I. Bauabschnitt zwischen Melkerpad und Gartenstraße sowie des Pan`s Pad (**Abschnittsbildungsbeschluss**)
- c) die Aufwandsermittlung nach § 1 Absatz 3 der v. g. Satzung für den I. Bauabschnitt zwischen Melkerpad und Gartenstraße sowie des Pan`s Pad im Wege der Aufwandsspaltung gemäß § 8 der Satzung durchzuführen und stellt gemäß § 9 der Satzung fest, dass die Beitragspflicht frühestens mit dem Abschnittsbildungsbeschluss bzw. mit dem Ausspruch der Aufwandsspaltung entstanden ist (**Aufwandsspaltungsbeschluss**)
- d) der Rat stellt gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 2 der v. g. Satzung fest, dass die Verkehrsanlage des I. Bauabschnittes überwiegend als Haupteinrichtungsdienstleistung dient, so dass der Anteil der Inselgemeinde Langeoog am beitragsfähigen Aufwand
  - 70% des beitragsfähigen Aufwands der Erneuerung für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen
  - 55% für kombinierte Rad- und Gehwege
  - 40% für die Gehwege, Randsteine und Schrammborde sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen und Einrichtung
  - 60% für Beleuchtungseinrichtungen und Einrichtungen zur Straßenentwässerung beträgt und der übrige Teil des beitragsfähigen Aufwands die beitragspflichtigen Anlieger tragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 14</b>	Nachförderung Gemeinwesenarbeit Teilnahme am Bewerbungsverfahren für eine Projektnachförderung in der Gemeinwesenarbeit
---------------	--

**Sachvortrag:**

Ratsherr Garrels erklärt, er sei grundlegend für die Nachförderung der Gemeinwesenarbeit. Die Themenschwerpunkte müssten seines Erachtens aber nochmals deutlich konzentrierter werden. Die Aufgaben seien ihm zu allgemein gefasst. Es müsse eine konkretere Information erfolgen.

Kämmerin Baller erläutert, vom Grundsatz her gehe es um eine Nachförderung der Gemeinwesenarbeit. Die Insellotsin werde im Schul- Jugend- und Sozialausschuss ihre Projekte vorstellen.

Allgemeiner Vertreter Heimes legt dar, das Programm sei vom Grundsatz her geschaffen worden, um Gemeinwesenarbeit in den Orten zu implementieren. In dem bisherigen Förderzeitraum sollte die Gemeinwesenarbeit soweit vorbereitet und aktiviert sein, dass sie sich selbst trage. Dies sei sicherlich ein hehres Ziel gewesen, so dass jetzt eine Nachförderung möglich sei. In der Vorlage gehe es darum, ob ein weiterer Förderantrag gestellt werden soll. Er verweist auf den immer erforderlichen Eigenanteil bei Förderungen. Die aufgeführten Punkte in der Vorlage seien Vorschläge in welche Richtung es gehen könnte. Es handle sich noch nicht um eine konkrete Maßnahme.

Ratsherr Janssen begrüßt eine Gemeinwesenarbeit, diese müsse in der Gemeinde aber auch sichtbar und greifbar sein. Die Gemeinschaft müsse dadurch einen Vorteil haben.

Ratsvorsitzender Agena übergibt den Vorsitz an Stv. Ratsvorsitzenden Recktenwald.

Ratsvorsitzender Agena sieht es wie Ratsherr Janssen. Er geht davon aus, dass die Insellotsin im Rahmen einer Präsentation ein sichtbares Arbeitspensum vorstellen wird. Er unterstütze die Teilnahme an einer Nachförderung.

Ratsvorsitzender Agena übernimmt den Vorsitz zurück.

Ratsfrau Peters sieht die Gemeinwesenarbeit als wichtig, persönlich sehe sie für Langeoog aber bisher keinen Mehrwert. Es wäre daher gut, wenn im nächsten Schul- Jugend- und Sozialausschuss die Präsentation erfolge. Sie spreche sich aber für den Antrag aus.

Ratsfrau Kraus berichtet über die Abläufe auf Spiekeroog. Ehrenamtliche hätten einen Lehrgang in Wittmund besucht. Ehrenamtliche aus dem Dorf/Ort würden eine wichtige Rolle für ein neues Dorfentwicklungsprogramm einnehmen. Die Personen würden auf der Insel Spiekeroog wohnen und leben und hätten auch ihre Kontakte. Die Insellotsin von Langeoog wohne nicht auf der Insel, sondern pendelt zur Insel. Hier fehle dann die Vernetzung auf der Insel. Sie wünsche sich eine Vernetzung wie auf der Insel Spiekeroog, wo die Personen vor Ort seien. Dies sei so auch an sie herangetragen worden. Die Gemeinwesenarbeit werde als wichtig angesehen, müsse aber präserter sein.

Kämmerin Baller teilt mit, Langeoog sei an dem Programm für die Dorfmoderatorinnen beteiligt. Die Organisation laufe über die Insellotsin.

Ratsherr Garrels bringt vor, die Insellotsin solle die Gemeinwesenarbeit auf der Insel anstoßen und initiieren. Sie sei unterstützend tätig und müsse dafür nicht unbedingt auf der Insel leben.

Ratsfrau Peters revidiert ihre Aussage bezüglich einem Mehrwert und verweist auf das „Bürgermobil“, welches auf der Insel sehr positiv angenommen werde.

Ratsfrau Kraus spricht der ehemaligen Bürgermeisterin ihren Dank dafür aus, die die Idee für das Bürgermobil von Spiekeroog übernommen und in den Rat gebracht habe.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die Teilnahme an dem Bewerbungsverfahren für eine Projektnachförderung in der Gemeinwesenarbeit.

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 15** Leitung der Eigenbetriebe nach der Bürgermeisterwahl**Sachvortrag:**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt. Aktuell gebe es für die Position des/der Bürgermeister/in noch eine Vakanz. Nach aktueller Beschlusslage habe die Person auch die Betriebsleitung beider Eigenbetriebe. Die Satzung sei soweit angepasst worden, dass auch andere Möglichkeiten möglich sind. Die Vakanz sollte nach Auffassung der Verwaltung mit dem Amtsantritt des neuen Bürgermeisters sofort beendet werden.

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt,

die Leitung der Eigenbetriebe Tourismus-Service der Inselgemeinde Langeoog und Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog bis zu einer anderweitigen Regelung durch den Rat dem Bürgermeister als Nebentätigkeit zu übertragen. Die bisher festgelegten Aufwandsentschädigungen werden für die Zeit der Betriebsleitung beibehalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 16** Vergabe Neue Wegeführung Fährhaus Langeoog (Bensersiel)**Sachvortrag:**

Es erfolgt kein Wortbeitrag.

---

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

den Auftrag für die Gestaltung der neuen Wegeföhrung am Fährhaus Langeoog (Bensersiel) vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt an den wirtschaftlichsten Bieter 3 zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 17</b>	M/S " Langeoog I" weitere Verwendung
---------------	---

**Sachvortrag:**

Ratsherr Recktenwald bedauert die Sachlage und verweist auf den Inhalt der Vorlage. Es bestehe leider keine andere Möglichkeit als der Verkauf. In dem Zusammenhang rät er dringend an, weiter in die Diskussion zur Erneuerung der Flotte einzusteigen.

Ratsherr Janssen bringt vor, über die Flottenerneuerung habe man sich bereits unterhalten. Wichtig sei darauf zu achten, nicht zusätzliche Pontons und Anlegemöglichkeiten zu schaffen, die viel Geld und Wartungsaufwand kosten und verursachen. Die neuen Schiffe sollten an die jetzigen Anlegemöglichkeiten passen. Es müsse weitere Gespräche über Möglichkeiten geben, die Flotte leistungsstark zu behalten.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

den Verkauf des Fahrgastschiffes M/S „Langeoog I“ über einen Schiffsmakler, der durch eine Ausschreibung ermittelt wird. Mögliche Angebote für den Verkauf der M/S „Langeoog I“ sind dem Rat zur Genehmigung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 18** Neuausschreibung der Rollfuhr- und Transportdienstleistungen der Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog**Sachvortrag:**

Ratsherr Janssen, Allgemeiner Vertreter Heimes und Protokollführerin Heimes nehmen im Publikum Platz und nehmen nach § 41 NKomVG an der folgenden Beratung und Abstimmung nicht teil.

Ratsherr Recktenwald verweist auf Bürgeranfragen, warum eine Neuausschreibung erfolgt sei und legt dar, die öffentliche Verwaltung könne nicht wie in der freien Wirtschaft auf Lebensdauer bei einem Dienstleister bleiben. Im öffentlichen Recht müsse ausgeschrieben werden. Die letzte Ausschreibung sei fast 25 Jahre her und inzwischen rechtlich unsicher. Letztendlich gehe es auch darum, den jetzigen Betreibern die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen und, ob alter oder neuer Betreiber, die Leistungen rechtssicher ausführen könne.

Kämmerin Baller teilt mit, zudem habe das Rechnungsprüfungsamt die Kommune angehalten die Fracht neu auszuschreiben. Die Abläufe seien analysiert und ein Anwaltsbüro ausgeschrieben worden. Die Verträge können aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht öffentlich ausgeschrieben werden. Heute würden die Rahmenbedingungen beschlossen.

Ratsvorsitzender Agena übergibt den Vorsitz an Stv. Ratsvorsitzenden Recktenwald und spricht den bisherigen Spediteuren sein Lob für die bisher geleistete Arbeit aus, die sich immer wieder an neue Umstände angepasst hätten.

Ratsvorsitzender Agena übernimmt den Vorsitz zurück.

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt

1. die Verwaltung damit zu beauftragen, die Neuausschreibung der Rollfuhr- und Transportdienstleistungen im Rahmen eines europaweiten Vergabeverfahrens vorzubereiten,
2. die Verwaltung damit zu beauftragen, die endgültigen Ausschreibungsunterlagen nach Fertigstellung dem Rat zur Abstimmung vorzulegen,
3. den Vorschlag zur Vergabe nach der Ausschreibung dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	7

Ratsherr Janssen, Allgemeiner Vertreter Heimes und Protokollführerin Heimes nehmen wieder an der Sitzung teil.

---

**TOP 19** Anschaffung von Padel-Tennis-Courts und Outdoorfitnessgeräten**Sachvortrag:**

Ratsherr Janssen verweist auf den obersten Absatz der Vorlage. Die Attraktivität würde nicht nur für Gäste, sondern auch für Insulaner erweitert.

Ratsherr Garrels stimmt Ratsherrn Janssen zu. Man müsse sich bewusst sein, dass durch die touristische Struktur auch für die Bürger ein großer Mehrwert bestehe.

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt,

die Ausschreibung von zwei Padel-Tennis-Courts und Outdoorfitnessgeräten zum Gesamtpreis von ca. 290.000,00 €, sobald ein positiver Förderbescheid vom Wattenmeer-Achter (LEADER) vorliegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 20** Renovierung Tischtennishalle, Sporthus**Sachvortrag:**

Ratsherr Recktenwald hält die Sanierung für dringend erforderlich.

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt,

die notwendigen Gewerke für die Renovierung der Tischtennishalle und des Sporthus auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

---

**TOP 21** Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Feuerwerk an Silvester neu denken: Spagat zwischen Tradition und Naturschutz" in einer der nächsten Sitzungen des Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschusses oder alternativ Betriebsausschusses

**Sachvortrag:**

Ratsfrau Kraus äußert, es gehe um die Entscheidung, welchem Ausschuss der Antrag durch den Rat zugewiesen werden soll. Sie bittet, den Antrag dem Betriebsausschuss zuzuweisen. Ihres Erachtens würden mehrere Arbeitsschritte benötigt. Der Nachhaltigkeits- Umwelt- und Landschaftsausschuss würde nur einmal im Jahr tagen. Sie befürchte, dann würden Veränderungen zwar angestoßen, aber nicht bis Silvester umgesetzt werden.

Ratsherr Recktenwald schließt sich dem Vorschlag an. Normal würde der Punkt in den Nachhaltigkeits- Umwelt- und Landschaftsausschuss gehören. Im Betriebsausschuss seien im Grunde aber die gleichen Ratsmitglieder vertreten.

Ratsvorsitzender Agena übergibt den Vorsitz an Stv. Vorsitzenden Recktenwald und erklärt ebenfalls seine Zustimmung für die Zuweisung an den Betriebsausschuss.

Ratsvorsitzender Agena übernimmt den Vorsitz zurück.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

den Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Feuerwerk an Silvester neu denken: Spagat zwischen Tradition und Naturschutz“ dem nächsten Betriebsausschuss zuzuweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 22** Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog auf Umstellung der Antriebe der Lokomotiven von Diesel auf den Biokraftstoff HVO 100

**Sachvortrag:**

Ratsfrau Kraus teilt mit, sie habe den Antrag, wenn möglich für jetzt, ansonsten spätestens für die neuen Antriebe gestellt, damit diese dann „HVO 100 ready“ seien. Die neuen Lokomotiven sollten die Vorgabe haben. Sie bittet den Antrag an den Betriebsausschuss zu verweisen.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die schon mehrfachen Berichte in anderen Sitzungen. Man sei in der Vorplanung, die wiederum sehr aufwendig sei. Er bittet den Antrag nicht in den nächsten Betriebsausschuss zu geben, sondern, wenn man soweit sei. Die Hersteller wären nicht auf so eine Kleinmengenproduktion, wie sie die Schifffahrt benötigen würde, ausgelegt.

In Planung sei eine Vorstellung im Sommer, um rechtzeitig eine Ausschreibung durchführen zu können und über den Winter alle Lokomotiven umrüsten zu können. Man rede nicht mehr von neuen Lokomotiven, sondern von einer Neumotorisierung. Wenn es finanziell darstellbar sei, sollen zur neuen Saison alle Lokomotiven umgerüstet sein.

Ratsherr Garrels äußert, der Kraftstoff HVO 100 wäre gerade der aktuelle. Es könnte aber auch sein, dass es bis dahin einen anderen, besseren Kraftstoff gebe. Ratsfrau Kraus gehe es darum, für die jeweilige Antriebsart den optimalen Treibstoff zu bekommen, der am wenigsten Umweltbelastungen hervorrufe. Die Angelegenheit müsse technologieoffen betrachtet werden.

Ratsfrau Kraus erläutert den HVO 100 Kraftstoff, der 90 % der Immissionen einspare. Im Hafen Cuxhaven würde der Treibstoff für die Lokomotiven verwendet. Wenn man es hinbekommen könnte, hätte man auf den Inseln ein Alleinstellungsmerkmal.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt

den Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog auf Umstellung der Antriebe der Lokomotiven von Diesel auf den Biokraftstoff HVO 100 an den entsprechenden Betriebsausschuss weiterzugeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 23</b>	Antrag Ratsfrau Spies für den CDU-Gemeindeverband Inselstrand vitalisieren - Strandbar etablieren
---------------	---

### **Sachvortrag:**

Ratsherr Recktenwald würde grundsätzlich dafür stimmen am Inselstrand eine Strandbar zu etablieren. Er wäre aber auch nur bei einer Strandbar. Das Besondere am Strand sei die Dunkelheit. Problem sei die Logistik. Wasser und Strom dort hinzulegen wäre nicht das Problem. Schwierig werde die Entsorgung von Abwasser. Werden Snacks verkauft, würde ein Fettabscheider notwendig. Man rede über eine enorme logistische Herausforderung für vier bis fünf Monate. Es müsse jedem klar sein, dass dies auch mit Kosten verbunden sei. Er verweist auf einen möglichen Ersatz für die „Düne 13“. Er sei sich sicher, dass nicht bis nachts um 3.00 Uhr eine Strandbar geöffnet haben soll. Er gehe von einer Schließung um 22.00 Uhr aus.

Ratsherr Garrels verweist auf die Zuweisung an einen Ausschuss. Er würde den Antrag an den Betriebsausschuss geben.

Ratsfrau Kraus verweist auf die in der Vorlage aufgeführte Anmerkung der Verwaltung. Sie würde den Punkt an den Tourismusausschuss geben.

Ratsherr Recktenwald stimmt der Zuweisung an den Tourismusausschuss zu, gibt aber zu bedenken, dass dieser erst wieder im September tage. Dann wäre es zu spät.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

den Antrag Ratsfrau Spies für den CDU-Gemeindeverband Inselstrand vitalisieren – Strandbar etablieren an den Betriebsausschuss zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

<b>TOP 24</b>	Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog zur Beschlussfassung über die als Anlage beigefügte Resolution: "Klimaschutz geht uns alle an - Wir brauchen eine Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz!"
---------------	---

**Sachvortrag:**

Ratsfrau Kraus erläutert ihren Antrag. Sie bittet diesen Antrag direkt in den nächsten Rat zu geben und nicht erst in einen Ausschuss. Im Moment werde in Berlin daran gearbeitet, dass es eine Petition werden könnte. Sie verweist auf die Dringlichkeit. Im Grunde stehen nur der Beschluss und die Versendung aus.

Die Frage von Ratsfrau Peters, ob die Resolution jetzt direkt beschlossen werde, verneint Allgemeiner Vertreter Heimes.

Ratsfrau Kraus erläutert, die Grundgesetzänderung sei kürzlich erst verhandelt worden. Sie gehe nicht davon aus, dass in Kürze erneut eine Verhandlung zum Grundgesetz komme. Sie warte auf die Rückmeldung aus ihrer Fraktion. Es könnte sein, dass ihr Antrag keine Resolution mehr sei, sondern eine Petition.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, wenn der Antrag in den nächsten Rat solle, finde vorher auch immer ein anderer Ausschuss statt. Die Zeit würde dadurch nicht verlängert.

Ratsherr Recktenwald erklärt den Zusammenhang. Es gebe allgemeine Aufgaben für die Bundesrepublik. Hierzu gehöre auch der Klimaschutz. Die kleinen Gemeinden können die Klimaschutzvorgaben gar nicht stemmen.

Ratsfrau Kraus erläutert, es gebe aktuell nur zwei Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben (Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung und Agrarstruktur kombiniert mit Küstenschutz).

Es wird bezüglich des nächsten Ausschusses diskutiert.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf den nächsten Bauausschuss, wenn es nochmals öffentlich diskutiert werden soll. Danach stünden der Verwaltungsausschuss und Rat an, somit hätte man den Punkt nochmals zweimal in der Öffentlichkeit.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

den Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog zur Beschlussfassung über die als Anlage beigefügte Resolution: „Klimaschutz geht uns alle an – wir brauchen eine Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ an den nächsten Bauausschuss, Verwaltungsausschuss und Rat zu geben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	8

**TOP 25**      Anträge und Anfragen**Sachvortrag:**

1. Ratsherr Garrels appelliert an alle Bürger am kommenden Sonntag zur Bürgermeisterwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Es sei sehr wichtig für die Kommune wieder einen gewählten Bürgermeister zu haben. Er bedankt sich für den fairen Wahlkampf. Außerdem spricht er der Verwaltung im Namen des Rates seinen Dank für die geleistete Arbeit in den letzten Monaten aus.
2. Ratsfrau Peters fragt nach dem Sachstand für die Lebensmittelretter-Hütte an der Bahnbetriebswerkstatt.

Kämmerin Baller berichtet, nach ihrem Informationsstand sei die Hütte im Aufbau.

Ratsherr Janssen ergänzt, die Hütte sei aufgebaut und müsse noch ein zweites Mal gestrichen werden.

3. Ratsfrau Peters verweist auf den letzten Betriebsausschuss und die Ausführungen von Ratsherrn Recktenwald. Morgen werde es einen Artikel im Anzeiger für Harlingerland zur Zweitwohnungssteuer geben. Sie möchte ausdrücklich für ihre Gruppe und Ratsherrn Garrels vorbringen, dass es sich hier um eine mehrheitliche Ratsentscheidung handelt und sie hinter der Arbeit der Verwaltung, insbesondere der betroffenen Abteilung, stehen.

Ratsherr Janssen fügt hinzu, dass seine Gruppe ebenfalls hinter der Arbeit der Verwaltung und Betriebe stehe.

4. Ratsfrau Kraus verweist auf den Beschluss zu „KiP 3“ der niedersächsischen Landesregierung. Es würden 600 Mio. Euro direkt in die Städte und Kommunen fließen. Es würde kein Eigenkapital benötigt. Rat und Verwaltung sollten entscheiden und dann tätig werden. Sie fragt, ob in der Verwaltung Zeit für einen Antrag, z. B. für die Turnhalle, vorhanden wäre.

Kämmerin Baller teilt mit, sie habe dies auch in der Presse verfolgt. Offiziell liege noch nichts vor. Sie habe es auf die Einwohner umgerechnet, wonach sie nach Zensus 2022 für Langeoog bei € 110.000,00 wäre. Die Turnhalle könne von der Summe nicht sanier werden.

Ratsfrau Kraus verweist auf eine eventuelle Teilsanierung der Turnhalle.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, man bekomme automatisch eine feste Summe zur freien Verfügung zugeteilt.

5. Ratsfrau Kraus berichtet über einen gemeinsamen Besuch mit Ratsherrn Janssen bei der Veranstaltung „fairer Handel“ im Beiboot. Man habe ihnen dort nahegelegt, wie man in der Öffentlichkeit präsenter werden könnte. Es gebe vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Preis für „Hauptstadt des fairen Handelns“. Bewerbungsstart wäre der 31.03.2025, Bewerbungsfrist der 30.06.2025. Sie berichtet über die Preisgelder. Die letzte Wahl habe St.-Peter-Ording gewonnen. Der Antrag müsste über die Kommune kommen. Sie könne sich aber vorstellen, dass Herr Niemeyer, ihre Person und die Bürgermeisterkandidaten den Antrag unterstützen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, die Initiative sollte aus der Gruppe kommen. Der Antrag müsste dann über die Kommune gestellt werden. Die Gruppe sollte gemeinschaftlich auf die Kommune zukommen um etwas zu entwickeln und zu sehen, wie groß der Aufwand sei und geleistet werden könne.

Ratsfrau Kraus würde die Bewerbungsunterlagen besorgen und in Absprache mit der Verwaltung den Antrag stellen. Ein Antrag müsse in diesem Fall über die Stadt oder die Kommune erfolgen.

Ratsherr Recktenwald berichtet in diesem Zusammenhang ebenfalls über einen Besuch bei den Fairtrade-Veranstaltungen, wo es darum ging, was es für Fairtrade-Produkte gebe. Er wünsche sich ein stärkeres Engagement bei den Gewerbetreibenden faire Produkte anzubieten.

6. Ratsherr Garrels fragt, ob es einen Anlass gebe aufgrund von Zensusmitteilungen an der festgestellten Einwohnerzahl zu zweifeln.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, das gebe es sicherlich und betreffe viele Kommunen und Städte. Die Zahlen seien stark verändert worden. Eine Einwirkung sei kaum möglich, weil auf die empirische Erhebung verwiesen werde. Im Moment werde geprüft, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, dies noch einmal zu hinterfragen. Formell habe Langeoog damit möglicherweise deutliche weniger Einwohner als gedacht.

Kämmerin Baller ergänzt, die Einwohnerzahlen seien Berechnungsgrundlage für Finanzausgleiche u. ä. Laut des letzten Zensus hätten die Ostfriesischen Inseln 25 % an Einwohnern verloren.

7. Ratsvorsitzender Agena übergibt den Vorsitz an Stv. Ratsvorsitzenden Recktenwald. Er berichtet über einen Artikel im Anzeiger für Harlingerland und verliest diesen. Die rot/grüne Koalition in Niedersachsen wolle erneut die niedersächsische Bauordnung ändern.

Ratsfrau Kraus berichtet über ihren Besuch auf der Landesdelegierten-Konferenz der Grünen in Celle. Dort sei auch der baupolitische Sprecher gewesen. Die Angelegenheit sei heute durch den Landtag im Plenum verhandelt worden. Der Veränderungen seien angedacht, um die Bauämter zu entlasten. Durch die Städte und Kommunen seien vermehrt Klagen aufgekommen, dass die Bauämter mit Anträgen extrem überlastet seien. Mit dem Vorschlag wolle man dem entgegenwirken.

8. Ratsvorsitzender Agena bringt vor, bei der nächsten Ratssitzung würde der neue Bürgermeister mit am Tisch sitzen. Er wünsche dem neuen Bürgermeister eine sehr erfolgreiche und erfüllte Amtszeit und sagt seine volle Unterstützung zu.
9. Ratsvorsitzender Agena spricht seine Entschuldigung dafür aus, dass während seines Vorlesens von Vorlagen einige Ratsmitglieder ihre Gesichter zum Tisch wenden. Dies sei damit begründet, dass auf Papier oder dem Tablett der Vorlage gefolgt werde. In diesem Zusammenhang sei ein Ratsmitglied abfotografiert und auf facebook mit einem sehr boshaften Kommentar veröffentlicht worden. Er empfinde als beschämend und erbärmlich, ganz geschickt ein Bild zu inszenieren, um einen bestimmten Personenkreis öffentlich zu diffamieren. Er würde sich wünschen, wenn es etwas zu sagen gebe, nicht auf diese Weise zu agieren, sondern die Ratsmitglieder direkt anzusprechen.

Ratsvorsitzender Agena nimmt den Vorsitz zurück.

10. Ratsherr Janssen stellt als Mitglied der Gruppe JKSM folgenden Antrag „Die Aufnahme eines weiteren Punktes auf die Tagesordnung der Ratssitzungen, in dem aus nichtöffentlichen Sitzungen und Treffen unter Beachtung des Datenschutzes und Verschwiegenheitspflichten berichtet wird“. Er verliest seinen Antrag.

**TOP 26** Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

#### **Sachvortrag:**

1. Allgemeiner Vertreter Heimes informiert zu den Seetrassen und berichtet über einen Termin mit der Firma Amprion, die die nächsten Schritte vorgestellt habe. Demnächst würden Baugrunduntersuchungen auf Langeoog stattfinden. Dabei seien unterschiedliche Auffassungen zur aktuellen Rechtslage festgestellt worden. Außerdem sei festgestellt worden, dass Amprion und Tennet anscheinend nicht mehr gemeinsam planen. Man habe Vorschläge der Firma Amprion präsentiert bekommen. Firma Tennet habe nicht zu so einem Termin geladen. Es werde getrennte Baugrunduntersuchungen geben, was seitens der Kommune als sehr schwierig angesehen werde, da diese sehr nahe beieinander liegen und als nicht erforderlich angesehen werden. Es würden damit zweimal Maschinen und Fahrzeuge auf die Insel gebracht, was für die Belange des Naturschutzes, Straßen und Tourismus als schwierig gesehen werde. Dies habe man deutlich zum Ausdruck gebracht, habe aber wenig Einfluss. Man habe voraussichtlich eine starke Belastung als notwendig. Zudem gebe es unterschiedliche Auffassungen zum Stand des Landesraumordnungsprogrammes.

Nach Auffassung der Kommune seien die Genehmigungen so noch nicht erteilt, wie Firma Amprion es für sich beanspruche. Bisher liege noch keine Beteiligung vor. Diese würde ansonsten an die Gremien gehen.

Ratsherr Janssen ergänzt, alle würden die Energiewende befürworten, aber man wolle dafür auf keinen Fall die Insel bzw. die Süßwasserlinse opfern. Es müsse eine verträgliche Lösung verhandelt werden. Er spricht Allgemeinen Vertreter Heimes ein Lob für seinen Einsatz aus. Man habe bei dem Treffen mit Amprion die Sichtweise der Kommune ganz klar deutlich gemacht.

2. Kämmerin Baller verliest zum Thema Entschuldungsvertrag ein abschließendes Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport.
  
3. Allgemeiner Vertreter Heimes verliest eine Danksagung seinerseits für die erfahrene Unterstützung während der Vakanz des Bürgermeisterpostens. Der Rat habe die Verwaltung in der schwierigen Übergangszeit immer unterstützt und kurzfristig zur Verfügung gestanden. Sein besonderer Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen. Alle Themen in der gesamten Bandbreite bei der derzeitigen Personalsituation aufrecht zu halten berge für ihn und die Abteilungsleiter immer auch das Problem, dass viele Kolleginnen und Kollegen sowie auch Insulaner und Gäste in vielen Dingen leider nicht so berücksichtigt und gehört werden können, wie es erforderlich gewesen wäre. Trotz aller Unwägbarkeiten hätten alle Kolleginnen und Kollegen in der Vakanz einen tollen Job gemacht.

**TOP 27**      Einwohnerfragestunde

**Sachvortrag:**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

**TOP 28**      Schließung der Sitzung

**Ende der Sitzung: 22:24 Uhr**

Für die Richtigkeit:

  
Gerrit Agena  
Gemeinderatsmitglied

  
Katja Heimes  
Schriftführung